

# Im Maskenskandal soll Lobbyregister Flurschaden für die Union begrenzen

**Politik** Nüsslein und Löbel sorgen für Empörung – Frei und Co. schwenkten aber erst im Zuge der Amthor-Affäre um. Künftig soll mehr Transparenz das strapazierte Vertrauen in die Politik bewahren helfen. *Von Ralf Trautwein*

Eine Affäre um fragwürdige Geschäfte mit Corona-Masken bringt die Union kurz vor der Landtagswahl schwer in Bedrängnis. Der CSU-Politiker Georg Nüsslein und der CDU-Parlamentarier Nikolas Löbel haben als Vermittler für Maskenanbieter satte Gewinne eingestrichen – das wirft ein schlechtes Licht auf die Politik im Allgemeinen, im Besonderen aber auf die Christdemokraten.

Führende Unionspolitiker haben Nüsslein und Löbel daher aufgefordert, ihr Mandat sofort aufzugeben, obwohl es beide vorerst noch behalten wollten.

Nun schaltet sich auch Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag und Wahlkreisabgeordneter von hier in die Debatte ein. Frei, von Haus aus Jurist und in seinem Ressort insbesondere für Fragen der Gesetzgebung zuständig, begrüßt nun demonstrativ ein so genanntes „Lobbyregister“, also ein Verzeichnis, das im Zuge einer Eintragungspflicht sichtbar macht, welche Politiker auf Auftragsvergaben Einfluss nehmen und welche Auftraggeber hinter ihm stehen.

## Wurmliker Firma lieferte

Das wäre im vorliegenden Fall, der gestern wieder bundesweit Schlagzeilen produzierte, hilfreich gewesen: Dank seines unternehmerischen Netzwerks, versprach der Mannheimer CDU-Abgeordnete Löbel (34), könne er eine „Maskenlieferung aus China zuverlässig und schnell über Bricon Technology GmbH mit Sitz in Wurmelingen“ vermitteln. Praktischerweise sei der Inhaber „ein Abgeordnetenkollege aus China“, Mitglied im Volkskongress. Denn „normalerweise nimmt Bricon schon gar keine Aufträge mehr an“. Seine Bemühungen für die Vermittlung des Angebots es ging vor allem um FFP2-Masken, sollten deswegen auch etwas kosten.

„Was da aber gelaufen ist, ist eine riesige Sauerei, die wir absolut nicht dulden können.“

**Raphael Rabe**  
CDU-Landtagskandidat

250 000 Euro strich der CDU-ler dafür ein, der CSU-ler Nüsslein, wie Thorsten Frei Fraktions-Vize im Bundestag, kassierte bei einem anderen Maskendeal mit dem Bundesgesundheitsministerium und der bayerischen Landesregierung gar 660 000 Euro Vermittlungsprovision.

Für die Unionspolitiker, vor allem für jene, die augenblicklich im Wahlkampf stehen, sind diese mutmaßlich krummen Touren der beiden Parlamentarier natürlich Gift. Zumal die Partei in den Umfragen für Baden-Würt-



Thorsten Frei, so scheint es, haut auf den Tisch: Ein Lobbyregister, gegen das sich die Union in der Vergangenheit stets gewehrt hat, soll künftig Transparenz schaffen. Darin sollen sich künftig auch Politiker eintragen, die Firmen einen Gefallen tun. *Foto: NQ-Archiv*

temberg in den letzten Wochen regelrecht abgestürzt ist. „Das wird dich Stimmen kosten“, fürchtet ein Parteifreund des hiesigen Landtagskandidaten Raphael Rabe im Dialog mit diesem. Rabe schäumt: „Wer mich kennt weiß, dass ich generell kein Typ der harten Worte bin. Was da aber gelaufen ist, ist eine riesige Sauerei, die wir innerhalb der CDU absolut nicht dulden können.“

Nikolas Löbels Ankündigung, das Mandat erst im August niederzulegen, hält Rabe ebenso wie führende Köpfe der Union für inakzeptabel. „Ich erwarte, dass das sofort passiert – ohne wenn und aber!“ Rabes Wunsch ging gestern in Erfüllung, auch weil der Druck prominenter Unionspolitiker massiv gewachsen war. Den machte man auch, weil der Schaden für CDU und CSU über die Landtagswahl hinaus zu gehen droht – im Herbst steht schließlich die Bundestagswahl an.

Deshalb hielt die Union in Person ihres Fraktions-Vizes Thorsten Frei nun im Zuge eines Statements ein Plädoyer in

Sachen Transparenz, das langfristig betrachtet bemerkenswert ist: Wo sich die CDU/CSU in der Vergangenheit stets konsequent gegen ein Lobbyregister gewehrt hat, soll nun ganz dringend eines her.

„Für das Vertrauen in die Politik ist es entscheidend, dass Prozesse für die Bürger transparent und nachvollziehbar sind“, sagte Thorsten Frei jetzt im Bundestag. „Wir sehen heute, dass der Bedarf in diesem Feld größer geworden ist als er in der Vergangenheit war. Genau deshalb haben wir bereits im vergangenen Herbst einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag vorgelegt und beraten.“

Dies allerdings erst nach harter Gegenwehr und unter dem wachsenden Druck der Opposition. 2015 noch hatte das Portal Abgeordnetenwatch.de sogar mit einer Klage die Namen derjenigen Lobbyakteure erstreiten müssen, die über einen Hausausweis Zugang zum Bundestag hatten. Erst seit der Lobbyismus-Affäre um den CDU-Abgeordneten Philipp

Amthor (siehe Infokasten unten) herrscht bei den Schwarzen ein Konsens, dass es ein Lobbyregister geben soll.

Union und SPD haben den von Thorsten Frei erwähnten gemeinsamen Vorschlag infolge der Amthor-Affäre ausgearbeitet: Professionelle Interessensvertreter, so genannte Lobbyisten, müssen sich künftig in ein Register eintragen und Angaben zu ihrem Arbeits- oder Auftraggeber, zur Anzahl der Beschäftigten und finanziellen Aufwendungen machen. So soll die Öffentlichkeit besser kontrollieren können, ob politische Akteure die Möglichkeiten verantwortlich einsetzen, die ihnen ihr Amt eröffnet.

Bemerkenswert ist, dass Philipp Amthor trotz des beträchtlichen Imageschadens für sich und seine Partei in der CDU weiterhin ungeniert mitmischen darf. Sein Landesverband Mecklenburg-Vorpommern nominierte ihn erneut für den Bundestag, und auch VS-Lokalmatador Raphael Rabe hat mit dem umstrittenen Parteifreund Wahlkampf betrieben. Ende Januar hatte der örtliche CDU-Bewerber mit Amthor eine Videokonferenz veranstaltet.

## Eintrag soll Pflicht werden

Hätte es das Lobbyregister schon gegeben, würde auch Amthor drinstehen: „Nach unserer Vorstellung macht dieses Lobbyregister künftig durch eine Eintragungspflicht sichtbar, wer Einfluss nehmen will, welche Auftraggeber dahinter stehen und mit welchem Aufwand und welcher Intensität Interessen vertreten werden“, erklärt Thorsten Frei. Verstöße gegen die Eintragungspflicht sollen bis zu 50 000 Euro kosten. Darüber hinaus sieht unser Entwurf vor, das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten so zu ergänzen, dass die Bundestagsverwaltung im Verfahren über Rechte verfügt, die auch die Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung von Straftaten hat. „Damit ist unsere Regelung deutlich verbindlicher als das EU-Transparenzregister, denn in Brüssel

ist eine Eintragung freiwillig“, meint Frei. „Wir werden zudem dieses Lobbyregister auch auf die Bundesregierung erstrecken, da ein solches Register keine Wirkung entfaltet, wenn die Bundesregierung ausgespart wird“, verspricht er. „Bei allem Wunsch, die Transparenz zu stärken, darf durch diese Neuregelung in keinem Fall der Kontakt zu Abgeordneten aus den jeweiligen Wahlkreisen erschwert und das freie Mandat eingeschränkt werden“, gibt Thorsten Frei zu bedenken. „Diese Freiheit der Abgeordneten schließt jede Form staatlich institutionalisierter Aufsicht über Abgeordnete aus.“

„Wir sehen heute, dass der Bedarf größer geworden ist als er in der Vergangenheit war.“

**Thorsten Frei**  
Fraktionsvize der Union im Bundestag

Bislang gibt es eine Art Lobbyliste des Bundestags, auf der sind aktuell über 2300 Verbände und ihre Ansprechpartner eingetragen. Sie versuchen, Politiker und damit die Gesetzgebung im Sinne ihrer Auftraggeber zu beeinflussen. Aber: Die Eintragung ist freiwillig und betrifft nur Verbände. Natürlich dürfen sich auch Politiker für Firmen und Verbände einsetzen, aber eben transparent. So hatte beispielsweise Freis Vorgänger in Berlin, Siegfried Kauder, kein Hehl daraus gemacht, dass er als Mandatsträger im Bundestag für die Interessen der Spielautomatenindustrie eintrat. Als die Bundesländer 2012 massive Restriktionen gegen das gewerbliche Automatenspiel planten, wandte sich der Rechtsanwalt und damalige Abgeordnete in der Öffentlichkeit entschieden gegen diese Pläne. Im Unterschied zu Akteuren wie Amthor, Nüsslein oder Löbel, die offenkundig hinter dem Kulissen kassiert haben, hatte Kauder jedoch sein Engagement stets ganz offen betrieben.

## Die Philipp-Amthor-Affäre

Es ist kein Jahr her, dass Philipp Amthor im Juni 2020 eingestand, einen „Fehler“ gemacht zu haben, indem er sich mit mehreren teuren Reisen und Aktienoptionen im Wert von rund einer Viertelmillion Euro dafür entlohnen ließ, für das US-amerikanische IT-Unternehmen Augustus Intelligence unter anderem gegenüber Wirtschaftsminister Peter Altmaier Lobbyarbeit betrieben zu haben. Im Vorfeld der Veröffentlichung der Ausmaße der Amthor-Affäre hatte

der junge Bundestagsabgeordnete zu Protokoll gegeben, für seine Tätigkeiten im Dienste des US-Unternehmens „kein Gehalt“ erhalten zu haben. Unter zunehmendem politischen Druck verzichtete Amthor zunächst auf seinen Sitz im Untersuchungsausschuss des Bundestages zum Fall Anis Amri, auch weil mit Hans-Georg Maaßen ein ehemaliger Verfassungsschutzpräsident befragt werden sollte, dem ebenfalls Verbindungen zu Augustus Intelligence nachgewiesen

wurden. Dann zog Amthor zudem seine Kandidatur zum Landesvorsitz der CDU in Mecklenburg-Vorpommern zurück, nachdem er zuvor eine längere Zeit versucht hatte, trotz der Lobbyismus-Affäre an seiner Kandidatur festzuhalten. Phänomenal ist, dass die CDU in Mecklenburg-Vorpommern Amthor wieder im Bundestag sehen will; über 90 Prozent der Delegierten votierten pro Amthor und machten ihn zum Spitzenkandidaten auf ihrer Landesliste.